



**Der Emissionshandel und seine  
Folgen für die Haushalte**  
Seite 10

# Inhalt

# Öffnungszeiten & Kontakt

## Seite 3

Bericht des föderalen Planbüros: mehr Ungleichheiten und Armut

## Seite 4

CSC und FGTB klagen gegen Jambons rückwirkende Rentenkürzung

## Seite 5

Meldungen

## Seiten 6-7

Freiwillige Überstunden: Gewinn oder Verlust für die Arbeitnehmer?

## Seiten 8-9

Sicherheit und Gesundheit sind kein Kinderspiel

## Seiten 10-12

Dossier: Der Emissionshandel und seine Folgen für die Haushalte

## Seiten 13-15

CNE-Info:

- Die Beschäftigten im Handel sind keine Anpassungsvariable
- Info oder Mythos?
- Wie die Regierungen die Frauen angreifen

## Seite 16

Meldungen

# Impressum

### Anschrift der Redaktion:

CSC Info  
Pont Léopold 4-6, 4800 Verviers  
087/85 99 59  
pressdienst@acv-csc.be

### Redaktion:

Jessica Halmes	Claudine Legros
Liliane Louges	Angela Mertes
Jochen Mettlen	Mike Mettlen

Layout: Maryline Weynand

### Druckerei:

Snel Grafics, Vottem

### Herausgeber:

Confédération des Syndicats Chrétiens (CSC)

### Veröffentlichung:

VoG Visie in beweging

### Erscheinungsrhythmus:

Vierzehntäglich

## ARBEITSLOSENDIENST 087/85 99 98

### CSC Eupen

**Sprechstunden:** dienstags und donnerstags,  
jeweils von 8.30 Uhr bis 11.45 Uhr  
csc.chomage.eupen@acv-csc.be

### CSC St.Vith

**Sprechstunden:** montags von 8.30 Uhr bis 11.45 Uhr  
csc.chomage.stvith@acv-csc.be

## JURISTISCHE ERSTBERATUNG

*Eine Frage zum Arbeitsrecht (Kündigung, Vertrag, Urlaub,...)?  
Kontaktieren Sie die juristische Erstberatung **per Telefon oder Mail:***

**Montags bis donnerstags**

8.30 Uhr bis 12.30 Uhr und 13.30 Uhr bis 16 Uhr

Freitags 8.30 Uhr bis 12 Uhr

087/85 99 22 • csc.ostbelgien@acv-csc.be

## JURISTISCHER BEISTAND

*Für jeden juristischen Beistand oder für eine laufende Akte  
kontaktieren Sie unseren juristischen Dienst:*

### CSC Eupen

**Sprechstunden:** donnerstags von 8.30 Uhr bis 11.45 Uhr  
087/85 98 95 • sj.verviers@acv-csc.be

### CSC St. Vith

**Sprechstunden:** dienstags auf Termin  
087/85 98 95 • sj.verviers@acv-csc.be

## OFFENE SPRECHSTUNDE

### CSC Eupen

Montags von 8.30 Uhr bis 11.45 Uhr

## GRENZGÄNGERDIENST LUXEMBURG

### CSC St.Vith: dienstags auf Termin

087/85 99 33 • grenzganger.luxemburg@acv-csc.be

## GRENZGÄNGERDIENST DEUTSCHLAND

### CSC Eupen: auf Termin

087/85 99 49 • grenzganger.deutschland@acv-csc.be



www.diecsc.be



www.facebook.com/cscostbelgien

# Bericht des föderalen Planbüros: Mehr Ungleichheiten und Armut

**Zwei vom föderalen Planbüro veröffentlichte Berichte beleuchten die budgetären und sozialen Auswirkungen der Rentenmaßnahmen.**

Die vom föderalen Planbüro aufgezeigten Auswirkungen sind schmerzhaft und eindeutig: Die Reform führt zu einer Zunahme der Ungleichheiten bei den Pensionen und zu einem erhöhten Armutsrisiko. Zudem vergrößert sie die Rentenunterschiede bei Neupensionierten: Die durchschnittliche Pension von Frauen sinkt um 2,6 %, jene der Männer um 2,3 %. Die leichte Verringerung bestimmter Ungleichheiten oder Unterschiede ist auf Kürzungen bei den Beamtenpensionen zurückzuführen, also auf eine Angleichung nach unten. Der Bericht zeigt außerdem, dass vor allem die niedrigsten Pensionen unter der Reform leiden: Sie sinken um mindestens 7,4 %, langfristig sogar um bis zu 12,1 %.

Auch die budgetäre Technik wirft zahlreiche Fragen auf. Die Regierung freut sich über eine Senkung der Pensionsausgaben um 1,3 % bis 2070, hauptsächlich zulasten der Beamten und der Arbeitnehmer. Dieses Ergebnis steht jedoch in starkem Kontrast zu den Einnahmen-

verlusten, die die Arizona-Koalition selbst organisiert. Die Zahlen der mehrjährigen Projektion, die das Planbüro im Februar veröffentlicht hat, zeigen, dass der Staat bis 2031 nicht weniger als 1,1 % des BIP an Einnahmen verlieren wird.

## Planbüro bestätigt Kritik

Diese Ergebnisse bestätigen genau das, was die CSC zuvor im Parlament angeprangert hat: Die von der Regierung umgesetzte sogenannte „Harmonisierung“ läuft in der Praxis auf Kürzungen der Pensionsansprüche hinaus – insbesondere im öffentlichen und privaten Sektor. Frauen sowie Beschäftigte mit unvollständigen oder prekären Erwerbsbiografien zahlen den höchsten Preis, da die Reform eine lineare Vollzeitkarriere als Norm festlegt, mit strengeren Definitionen der Berufsjahre und einer Begrenzung der gleichgestellten Zeiten. Das Planbüro stellt ausdrücklich fest, dass diese Maßnahme die Pensionsunterschiede zwischen Frauen und Männern weiter vergrößert.

**Frauen und Arbeitnehmer mit lückenhaften oder prekären Berufslaufbahnen zahlen den höchsten Preis.**

Der zweite Bericht verdeutlicht die umverteilenden Effekte in alarmierender Weise: Bis 2029 wird die durchschnittliche Brutto-Pension der Neupensionierten um 2,4 % sinken (und um 2,6 % für alle Pensionierten). Zudem beziffert der Bericht eine Erhöhung des Armutsrisikos infolge der Reform.

Die Schlussfolgerungen des Planbüros decken sich mit jenen der Gewerkschaften: Der Malus belastet Frauen und Teilzeitbeschäftigte besonders stark und berücksichtigt die Realität der Haushalte nicht. Die Streichung der Haushaltsmittel für das Wohlbefinden führt zu einer Senkung der durchschnittlichen Pension und zu einem höheren Armutsrisiko für alle Pensionierten. Die Begrenzung der gleichgestellten Zeiten trifft vor allem die niedrigsten Pensionen.

## Kurskorrektur erforderlich

*„Pensionen sind keine bloße Fußnote im Haushaltsplan, sondern eine tragende Säule des sozialen Friedens, der Gesundheit und der Sicherheit“, erklärt die CSC. „Am 12. Mai werden wir erneut auf die Straße gehen. Denn den Kurs zu korrigieren ist keine Nebensache, sondern eine politische Notwendigkeit. Jeder Parlamentarier, der über diese Reform abstimmen wird, trägt eine klare Verantwortung. Ein sozial gerechtes Pensionssystem muss den Pflegebedarf und die Schicksalsschläge des Lebens vollumfänglich berücksichtigen, vor Pensionen unter dem Mindestniveau schützen und klare, vorhersehbare Regeln bieten.“*



# CSC und FGTB klagen gegen rückwirkende Rentenkürzung

**Es zieht sich wie ein roter Faden durch die Rentenpläne von Minister Jambon: Einsparungen sollen vor allem bei den gleichgestellten Perioden unfreiwilliger Inaktivität erzielt werden. CSC und FGTB haben daher beim Staatsrat Klage gegen ein erstes königliches Dekret eingereicht. Dieses Dekret soll rückwirkend auf frühere Karrierezeiten angewendet werden. Dies stellt eine deutliche Warnung an den Minister dar: Auch seine weiteren Projekte zur Rentenreform könnten vor Gericht scheitern.**

Der feste Bestandteil des Jambon-„Reform“-Plans: eine geringere Rentenanrechnung für Zeiten unfreiwilliger Erwerbsunterbrechung und bestimmte Pflegeurlaube. Das wichtigste Rentenreformgesetz muss zwar noch vom Parlament verabschiedet werden, doch ein erstes königliches Dekret mit einer konkreten Maßnahme wurde bereits im Belgischen Staatsblatt veröffentlicht. Dieses Dekret, bekannt als „Königliches Dekret zur Begrenzung des fiktiven Lohnes“, sieht eine niedrigere Gleichstellung für das erste Jahr der Arbeitslosigkeit, für Teilzeitarbeit mit Einkommenssicherungszulage sowie für bestimmte Systeme der Laufbahnbeendigung vor - darunter auch das medizinische SAB oder das SAB nach 20 Jahren Nachtarbeit. Obwohl das Dekret erst Ende Januar 2026 veröffentlicht wurde, gelten die neuen Regeln rückwirkend ab Februar 2025.

Für die Gewerkschaften stellt dies einen eklatanten Verstoß gegen das Prinzip der Rechtssicherheit dar. Betroffene müssen plötzlich feststellen, dass ihre Rente sinkt, weil Minister Jambon die Regeln im Nachhinein abändert. CSC und FGTB fechten daher die Reduzierung der

Gleichstellung im ersten Jahr der Arbeitslosigkeit, bei der Teilzeitarbeit mit Einkommenssicherungszulage sowie in den SAB-Programmen für schwere Berufe und Umstrukturierungen an. Die Gewerkschaften gehen davon aus, dass der Staatsrat die rückwirkende Maßnahme mit hoher Wahrscheinlichkeit aufheben wird. Mit einer Entscheidung ist innerhalb von höchstens 18 Monaten zu rechnen.

Diese konkrete rechtliche Maßnahme steht sinnbildlich für das rechtliche Chaos, das die Jambon-Reform mit sich bringt. Es handelt sich um eine reine Sparpolitik bei den Renten, die rückwirkend die Spielregeln verändert und zudem das Risiko einer rechtlichen Diskriminierung von Frauen birgt. Auch die neue Definition des Berufsjahres, die sogenannte 156-Tage-Regel, wird rückwirkend angewandt und nahezu ohne Übergangsfrist eingeführt.

Somit sind die derzeit vorgelegten Rentenprojekte eindeutig rechtlich anfechtbar. Es handelt sich um reine Sparmaß-

nahmen, zum Nachteil von Frauen sowie von Menschen, die in Teilzeit gearbeitet haben oder nur über eine unvollständige Karriere verfügen. Anne Léonard, Nationalsekretärin der CSC, warnt ausdrücklich vor *„der Prekarität, die viele zukünftige Rentner bedroht“*. Sie fordert eine Überarbeitung der Rentenreform, die *„die sozialen Folgen berücksichtigt – insbesondere den Malus, die Arbeitsbedingungen und weitere Belastungsfaktoren.“*

Sollte das Rentenreformgesetz vom Parlament verabschiedet werden, ziehen die Gewerkschaften weitere rechtliche Schritte in Betracht. Bereits Mitte Februar haben sie einen weiteren Fall zu den gleichgestellten Perioden gewonnen. Ein Urteil, das unter anderem sicherstellt, dass der Militärdienst weiterhin vollständig angerechnet bleibt.





## Baufach: Laureat der Arbeit

Hinter jedem erfolgreichen Bauprojekt (Wohnhäuser, Schulen, Krankenhäuser, Straßen...) stehen engagierte Menschen mit Fachwissen und Einsatzbereitschaft.

Das *Royal Work Honors Institute* lädt alle im Bausektor tätigen Personen ein, am Auswahlverfahren für den Titel „Laureat der Arbeit“ teilzunehmen. Dieser Titel wird von Seiner Majestät dem König verliehen und würdigt Ihren Beitrag zum Bausektor und zur Gesellschaft.

### Für wen?

Jede Person, die im Bausektor tätig ist, kann sich unabhängig von Berufsjahren oder Statut selbst bewerben oder eine Person mit einem bemerkenswerten beruflichen oder gesellschaftlichen Werdegang vorschlagen. Auch kollektive Bewerbungen sind willkommen. Hat Ihr Team ein außergewöhnliches Projekt realisiert? Hat Ihr Unternehmen zur Innovation, Nachhaltigkeit oder Qualitätsentwicklung im Bausektor beigetragen? Dann kann dieses gemeinsame Engagement anerkannt werden.

Dieser Titel gibt Ihrer Karriere einen zusätzlichen Impuls und wirkt sich auch positiv auf Ihre Organisation aus.

© Royal Work Honors Institute



### Zur Anerkennung des Sektors beitragen

Anmeldeschluss ist der 15. Mai 2026. Die Bewerbungen können online eingereicht werden.



Infos+ [www.bekrown.be](http://www.bekrown.be)

## Gegen den Faschismus: Aktionen zur Feier der Befreiung

Am 8. Mai 1945 wurde das nationalsozialistische Deutschland besiegt. Heute, da Rechtsextremismus und Faschismus wieder an Boden gewinnen, möchte die *Koalition 8. Mai* dieses Datum erneut zu einem Feiertag machen, um uns zu erinnern und wachsam zu bleiben. Jedes Jahr finden an diesem Datum Veranstaltungen und Aktionen gegen Rechtsextremismus statt. Wir sehen uns am 8. und 10. Mai.

### • Freitag, 8. Mai: Aktionstag

Aktivitäten und Aktionen im ganzen Land zum Thema „**Frauen im Widerstand**“. Ein thematisches Dossier ist auf der Website der *Koalition 8. Mai* verfügbar.

### • Sonntag, 10. Mai: Gedenkveranstaltung

Die Feier beginnt um 11 Uhr und wird von zahlreichen kulturellen Veranstaltungen begleitet. Wie jedes Jahr ist die Führung durch das Fort kostenlos. Ab 13 Uhr beginnt das Jugendprogramm mit einer offenen Diskussion zum Thema „Wie erkennt man Faschismus heute?“ sowie verschiedenen Workshops.

Infos+ [www.coalition8mai.be](http://www.coalition8mai.be)



## Klage beim Staatsrat

Anfang März haben wir einen wichtigen Sieg gefeiert: Das Verfassungsgericht setzte die Maßnahme außer Kraft, wonach Personen, die bereits in einem anderen EU-Land Schutz erhalten haben, von der Aufnahme ausgeschlossen werden können. Doch wenige Tage später teilte die Ministerin für Asyl und Migration Anneleen Van Bossuyt (N-VA) mit, dass sie ihre Politik fortsetzen werde und wies Fedasil an, diese Personen weiterhin von der Aufnahme auszuschließen. Diese eklatante Missachtung der Justiz und der Rechtsstaatlichkeit ist ein inakzeptables Vorgehen, ebenso wie das Schweigen der Föderalregierung angesichts dieser Situation.

Die Vereinigung Ciré (Koordination und Initiativen für Flüchtlinge und Ausländer), der auch die CSC angeschlossen ist, hat Mitte März gemeinsam mit Partnern eine äußerst dringliche Klage beim Staatsrat eingereicht, um diese rechtswidrige Anweisung außer Kraft zu setzen.

## Eine starke Geste

Simon Gronowski, Preisträger des Roger-Dehaybe-Preises 2026 für Demokratie und Menschenrechte, hat beschlossen, sein gesamtes Preisgeld an zwei engagierte Organisationen zu spenden: BelRefugees und die Koalition 8. Mai. Als Überlebender der Shoah erinnert der Preisträger mit dieser Geste daran, wie wichtig es ist, gegen Entmenschlichung zu kämpfen und für eine solidarische Gesellschaft einzutreten. Am Sonntag, dem 10. Mai 2026, wird die Koalition 8. Mai, der auch die CSC angehört, im Fort von Breendonk des Endes des Zweiten Weltkriegs gedenken.



# FREIWILLIGE ÜBERSTUNDEN: GEWINN ODER VERLUST FÜR DIE ARBEITNEHMER?

Die Überstunden zur Wirtschaftsbelebung werden durch ein neues System freiwilliger Überstunden ersetzt. Die Arbeitnehmer könnten bis zu 360 freiwillige Überstunden pro Jahr leisten, davon 240 Stunden nach dem Prinzip brutto = netto. Interessant, oder? Ganz und gar nicht. Der Arbeitgeber muss keinen Überstundenzuschlag von 20, 50 oder 100 % mehr bezahlen, obwohl diese Stunden bereits steuerlich begünstigt waren. Das Ergebnis: Alle Arbeitnehmer, die in das neue System wechseln, verlieren dabei.



Bart Vannetelbosch,  
CSC-Nationalsekretär

## „Sind freiwillige Überstunden wirklich freiwillig?“

Freiwillige Überstunden können nur mit einer vorherigen schriftlichen Vereinbarung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer geleistet werden. Diese Vereinbarung ist ein Jahr lang gültig und wird anschließend stillschweigend verlängert. „Aber man muss den freiwilligen Charakter stark relativieren“, erklärt Bart Vannetelbosch, Nationalsekretär der CSC.

*„Wenn der Arbeitgeber verlangt, Überstunden zu leisten, ist es für einen Arbeitnehmer schwierig, ‚Nein‘ zu sagen. Eine aktuelle HIVA-Studie zeigt, dass 40 % der Arbeitnehmer ihre Überstunden nicht aus freiem Willen leisten. Und 360 Stunden – oder sogar 450 Stunden in der Gastronomie – sind völlig übertrieben. Das entspricht mehr als neun vollen zusätzlichen 38-Stunden-Wochen zusätzlich zur normalen Arbeitswoche. Für Arbeitnehmer, die sich oft mit vier Wochen Urlaub begnügen müssen, droht das Gleichgewicht zwischen Berufs- und Privatleben völlig aus den Fugen zu geraten.“*

*„Zu viele Überstunden sind schlichtweg gesundheitsschädlich. Die Anhebung dieser Obergrenze bedeutet, mit der Gesundheit der Arbeitnehmer zu spielen. Die Regierung sagt, sie wolle die Zahl*

*der Langzeitkranken senken und die Beschäftigungsquote erhöhen. Doch diese Ausweitung fördert vor allem Arbeit, die krank macht, und verhindert die Schaffung neuer Arbeitsplätze. Die bereits beschäftigten Arbeitnehmer werden von ihrem Arbeitgeber dazu gedrängt werden, immer mehr zu leisten. Wenn zehn Arbeitnehmer jeweils das Maximum, also 360 Stunden pro Jahr, leisten, entspricht das nahezu zwei Vollzeitäquivalenten.“*

*„Jetzt bleibt nur noch abzuwarten, bis der erste findige Unternehmer völlig legal den Fiskus und die Sozialversicherung hintergeht. Wer wird der Erste sein, der die wöchentliche Arbeitszeit in seinem Unternehmen von 38 auf 30 Stunden reduziert und die fehlenden Stunden mit freiwilligen Überstunden auffüllt?“* ||



## Freiwillige Überstunden: neue Regelung

Seit dem 1. April 2026 wurde das System der freiwilligen Überstunden ausgeweitet: Arbeitnehmer können nun bis zu 360 freiwillige Überstunden pro Jahr leisten. Diese unterteilen sich einerseits in 240 Überstunden, die von Steuern und Sozialabgaben befreit sind, ohne Überstundenzuschläge sowie ohne Begründungspflicht oder Ausgleichsruhe. Hinzu kommen 120 Überstunden mit Zuschlag, sobald sie die tägliche Höchstarbeitszeit von 9 Stunden oder die im Unternehmen geltende normale wöchentliche Arbeitszeit überschreiten. Für den Horeca-Sektor wird die jährlich mögliche Zahl freiwilliger Überstunden auf 450 Stunden angehoben.

Diese freiwilligen Überstunden können in allen Sektoren angewendet werden. Der Arbeitgeber darf den Arbeitnehmer weder verpflichten, einer solchen Vereinbarung zuzustimmen, noch ihn wegen einer Ablehnung benachteiligen. Arbeitgeber und freiwilliger Arbeitnehmer müssen vorab eine schriftliche Vereinbarung abschließen, die für die Dauer eines Jahres gilt und stillschweigend verlängert wird. Diese Maßnahme gilt ausschließlich für Vollzeit- und Teilzeitarbeitnehmer, die seit mindestens drei Jahren bei ihrem Arbeitgeber beschäftigt sind, und nur unter der Voraussetzung, dass es sich um einen vorübergehenden Mehrarbeitsbedarf handelt.



**Maarten Gerard,**  
Leiter des Studiendienstes der CSC

### „Auch wenn es so präsentiert wird, ist es kein gutes Geschäft für die Arbeitnehmer“

Die CSC hat berechnet, wie viel das System der freiwilligen Überstunden die Arbeitnehmer kostet und was es den Arbeitgebern einbringt. „Für Überstunden, die Anspruch auf einen gesetzlichen Zuschlag von 20 %, 50 % oder 100 % geben, gibt es bereits seit langem steuerliche Vorteile. Die Regierung möchte das System attraktiv machen, aber die Arbeitnehmer verlieren tatsächlich bei den freiwilligen Überstunden“, erklärt Maarten Gerard.

*„Grundsätzlich darf ein Arbeitnehmer nicht mehr als acht Stunden pro Tag oder 40 Stunden pro Woche arbeiten. Wenn jemand länger arbeitet, gelten diese Stunden als Überstunden. Sie dürfen nur in bestimmten Situationen geleistet werden: Arbeit mit verderblichen Waren, außergewöhnlicher Anstieg der Arbeitsbelastung oder Fälle höherer Gewalt. In Unternehmen, in denen es eine gewerkschaftliche Vertretung gibt, werden diese Praktiken kontrolliert.“*

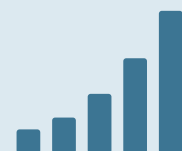
*„Wenn Überstunden an Wochentagen geleistet werden, erhalten die Arbeitnehmer ihren Grundstundenlohn zusätzlich einer Erhöhung von 20 %. Für Nacharbeit oder Samstagsarbeit be-*

*trägt der Zuschlag 50 %, und für Sonntags- oder Feiertagsarbeit 100 %. Manche Sektoren sehen sogar noch höhere Zuschläge vor. Das System der freiwilligen Überstunden wird als ‚brutto gleich netto‘ verkauft, doch lassen Sie sich nicht täuschen: Die Arbeitnehmer verlieren dabei tatsächlich. Überstunden mit Zuschlag waren bereits steuerlich begünstigt, was bedeutet, dass alle Arbeitnehmer, die auf freiwillige Überstunden umsteigen, Einbußen erleiden werden. Wenn Sie 180 Überstunden mit einem Zuschlag von 50 % und einem Bruttostundenlohn von 20,406 Euro leisten, verlieren Sie fast 1.500 Euro pro Jahr, während Ihr Arbeitgeber fast 3.500 Euro einspart.“* ||



760.332

2024 haben 760.332 Arbeitnehmer Überstunden geleistet, ein leichter Rückgang gegenüber den 775.533, die im Jahr 2023 verzeichnet wurden.



43.000.000

In seinem jüngsten Bericht hat der Rechnungshof berechnet, dass die Erhöhung der Zahl freiwilliger Überstunden den Staatshaushalt rund 43 Millionen Euro kosten würde.



33.720.000

2024 wurden in unserem Land 33,72 Millionen Überstunden geleistet. Das entspricht durchschnittlich mehr als 44 Überstunden pro Arbeitnehmer.



# Sicherheit und Gesundheit sind kein Kinderspiel

**Jedes Jahr gedenken wir am 28. April der Opfer von Arbeitsunfällen und Berufskrankheiten. Denn jedes Opfer ist ein Opfer zu viel. Arbeit sollte eigentlich gleichbedeutend mit guter Gesundheit sein, doch für eine wachsende Zahl von Arbeitnehmern ist es gerade die Arbeit, die sie krank macht.**

Das Risiko eines Unfalls oder einer Erkrankung ist zudem nicht für alle Arbeitnehmer gleich. Die Gruppe der gefährdeten Arbeitnehmer wächst von Jahr zu Jahr. Dieser Anstieg ist kein Zufall, sondern die direkte Folge der zunehmenden Flexibilisierung des Arbeitsmarktes, die jedoch ein Schwerpunkt der Politik der Föderalregierung ist.

Zurzeit arbeiten ungefähr 500.000 Arbeitnehmer als Interimer. Hinzu kommen mehr als 600.000 Jobstudenten, von denen 300.000 über Interimbüros beschäftigt werden. Fast 200.000 Arbeitnehmer haben einen Flexi-Job. Belgien zählt zudem 250.000 Freiberufler. Gleichzeitig beobachtet man ein Beschäftigungswachstum in prekären Sektoren, die durch sehr flexible Arbeitsbedingungen, instabile Arbeitsverhältnisse, ein niedriges Bildungsniveau, einen hohen Anteil an Arbeitnehmern mit Migrationshintergrund und Sprachbarrieren geprägt sind. Nicht zu vergessen die verstreuten Arbeitsorte, bei denen Arbeitgeber oft wenig Kontrolle über die Arbeitsbedingungen haben, sowie die langen Lieferketten, in denen niemand wirklich Verantwortung übernimmt.

Fügt man dann noch eine Zunahme freiwilliger Überstunden sowie flexiblere und billigere Nacharbeit hinzu, ergibt sich ein explosiver Mix, der zu einem Anstieg von Unfällen und Gesundheitsproblemen führt. Zudem erhalten Opfer von Arbeitsunfällen und Berufskrankheiten noch allzu oft keine angemessene Entschädigung und Unterstützung.

Die wenigen Zahlen, die uns vorliegen, sowie die Aussagen der Opfer selbst sprechen Bände. Bei Arbeitnehmern mit geringer Betriebszugehörigkeit sind die Risiken eindeutig höher. So haben Interimkräfte beispielsweise doppelt so häufig Arbeitsunfälle. Werden die nächsten negativen Statistiken von den Flexi-Jobbern stammen?

Bei den Beschäftigten im Sektor der Dienstleistungsschecks (mittlerweile sind es mehr als 140.000) ist ein deutlicher Anstieg von Muskel-Skelett-Erkrankungen zu beobachten, die oft nicht als Berufskrankheiten anerkannt werden. Im Bausektor ereignen sich weiterhin schwere Arbeitsunfälle, oft sind nicht versicherte Arbeitnehmer die Opfer. Und kürzlich hat die Regierung beschlossen, die obligatorische Arbeitsunfallversicherung für Plattformarbeiter um zwei Jahre aufzuschieben.

Zudem untergraben die meisten Formen flexibler Arbeit die Finanzierung der Sozialversicherung. Wer bezahlt letztendlich die Rechnung für eine Arbeit, die krank macht? Die Betroffenen selbst und die Gesellschaft als Ganzes. Die Arbeitnehmer werden somit doppelt bestraft.

Es ist an der Zeit zu handeln, um die übermäßige Flexibilisierung einzudämmen, gefährdete Arbeitnehmer zu schützen und bei Problemen eine angemessene Entschädigung und Unterstützung zu gewährleisten. Alle Arbeitnehmer sollten gleich sein, wenn es um den Schutz ihrer Sicherheit und Gesundheit geht. Das ist heute nicht der Fall. Aber Sicherheit und Gesundheit am Arbeitsplatz sind kein Spiel!

**„Die Zahl gefährdeter Arbeitnehmer nimmt jedes Jahr aufgrund der Flexibilisierung des Arbeitsmarktes zu.“**

**BART VANNETELBOSCH  
CSC-NATIONALSEKRETÄR**



# Forderungen der CSC

## Rechte für gefährdete Arbeitnehmer!

**Sichere und gesunde Arbeitsbedingungen sind ein Recht für alle Arbeitnehmer während ihres gesamten Berufslebens. Um dies zu gewährleisten, fordert die CSC:**

- Befristete, prekäre oder unsichere Beschäftigungsverhältnisse einschränken. Feste und stabile Arbeitsverträge müssen wieder zur Norm werden;
- Risikoanalysen durchführen und Präventionsmaßnahmen einführen, die auf gefährdete Arbeitnehmer zugeschnitten sind;
- Die Information, Schulung und Begleitung von Berufseinsteigern verstärken;
- Gefährdete Arbeitnehmer zu einer vorrangigen Gruppe für die Gesundheitsüberwachung durch Arbeitsmediziner und andere Präventionsexperten machen;
- Die vollständige Anerkennung und Entschädigung von Arbeitsunfällen und Berufskrankheiten gewährleisten;
- Belgischen und ausländischen Arbeitnehmern die gleichen Rechte und den gleichen Schutz gewähren;
- Eine besser angepasste Wiedereingliederung vorsehen und jegliche Sanktionen oder Entlassungen nach einem Unfall oder einer Krankheit vermeiden.



### Sicherheit und Gesundheit am Arbeitsplatz

**sind kein Kinderspiel!**

Anlässlich des Internationalen Tages für Sicherheit und Gesundheit am Arbeitsplatz macht die CSC auf die immer größer werdende Gruppe gefährdeter Arbeitnehmer aufmerksam, die unzureichend geschützt sind. Wir haben einen Flyer mit dem Titel „Sicherheit und Gesundheit am Arbeitsplatz sind kein Kinderspiel!“ erstellt, den Sie an Ihrem Arbeitsplatz verteilen können.

Infos+

[www.diecsc.be/28april](http://www.diecsc.be/28april)  
Oder scannen Sie den QR-Code.





© Shutterstock

## Der Emissionshandel und seine Folgen für die Haushalte



**Der Krieg im Iran rückt die Frage der Energiekosten wieder in den Vordergrund. Eine gute Gelegenheit für CSC Info, sich mit dem neuen Emissionshandelssystem (ETS2) zu beschäftigen. Auch wenn seine Einführung um ein Jahr (auf 2028) verschoben wurde, bleibt festzuhalten, dass dieses neue System erhebliche Auswirkungen auf belgische Haushalte haben und die sozialen Ungleichheiten verschärfen könnte.**

Der Handel mit Emissionszertifikaten (ETS) ist ein zentrales Instrument der Europäischen Union zur Reduzierung der Treibhausgasemissionen. Er bekämpft den Klimawandel durch ein System von Obergrenzen und dem Handel mit CO<sub>2</sub>-Zertifikaten. Der Emissionshandel konzentriert sich auf energieintensive Industrien und den Energiesektor und wurde 2024 auf die Seeschifffahrt und die Luftfahrt ausgeweitet. Er ermöglicht Unternehmen, diese Zertifikate zu verkaufen oder zu kaufen, um die Gesamtemissionen zu begrenzen und zur Dekarbonisierung anzuregen. Die Einnahmen aus dieser „CO<sub>2</sub>-Steuer“ werden anschließend in die Finanzierung der Energiewende reinvestiert.

Das Prinzip des ETS2-Systems bringt eine grundlegende Änderung mit sich: Es umfasst nun auch die CO<sub>2</sub>-Emissionen, die aus dem

Verbrauch von Brennstoffen in Gebäuden, im Straßenverkehr sowie in Unternehmen entstehen, die noch nicht dem Emissionshandel unterliegen. Bereiche also, die direkt das Alltagsleben der Haushalte und somit ihren Geldbeutel betreffen.

Tatsächlich werden im Jahr 2028<sup>1</sup> die Kraftstofflieferanten und die Heizstoffanbieter für Gebäude verpflichtet sein, jährlich die Emissionen zu melden, die den von ihnen an Endverbraucher gelieferten Brennstoffmengen entsprechen. Je mehr Brennstoffe sie liefern, desto schneller verbrauchen sie die ihnen zugeteilten CO<sub>2</sub>-Zertifikate. Doch die Anzahl der Zertifikate sinkt jedes

Jahr. Der Kohlenstoffmarkt dürfte daher Preissteigerungen erleben, und die Anbieter werden die Kosten dieser „CO<sub>2</sub>-Steuer“ in ihren Preisen weitergeben. Das System könnte somit erhebliche Auswirkungen auf belgische Haushalte haben, insbesondere auf solche mit niedrigerem Einkommen, da es zu höheren Heizkostenrechnungen und steigenden Kraftstoffpreisen an der Zapfsäule führen dürfte.

### Die Risiken für die belgischen Haushalte

Wenn der Preisanstieg für fossile Brennstoffe, den das ETS2-System voraussichtlich mit sich bringt, für Menschen mit gut isolierten Wohnungen, Elektroautos oder Zugang zu öffentlichen Verkehrsmitteln relativ schmerzlos bleiben dürfte, wird er die Haushalte stark belasten, die auf das Auto angewiesen sind, in

<sup>1</sup>Das ursprünglich für 2027 vorgesehene zweite Emissionshandelssystem (ETS2) wurde im Rahmen der Vereinbarung über das Klimaziel 2040 um ein Jahr verschoben. Diese sieht bis 2040 eine Netto-Reduktion der Treibhausgasemissionen um 90 % (im Vergl. zu 1990) vor.



schlecht isolierten Mietwohnungen leben oder nicht die finanziellen Mittel haben, um energetische Renovierungsarbeiten durchzuführen.

In Wallonien leben mehr als 21 % der Haushalte in einer Situation energetischer Prekarität, mit „ungewöhnlich“ hohen Energiekosten im Verhältnis zu ihrem nach Abzug der Wohnkosten verfügbaren Einkommen. Die Energierechnung eines Haushalts könnte um etwa 130 Euro pro Jahr steigen. Dieser Betrag könnte sich natürlich, je nach Entwicklung der Märkte, weiter erhöhen. Die Europäische Kommission hatte den Preis pro Tonne CO<sub>2</sub> auf 45 Euro geschätzt, während im Jahr 2025 zeitweise bereits Werte von über 80 Euro zu beobachten waren. In Erwartung sozialer Auswirkungen auf bestimmte vulnerable Bevölkerungsgruppen und Kleinunternehmen wird die Europäische Kommission rund ein Viertel der durch die Anwendung von ETS2 erzielten Einnahmen in den Sozialen Klimafonds einspeisen.

Um über diese Mittel verfügen zu können, musste jeder Staat einen Sozialen Klimaplan ausarbeiten. Die Föderalregierung und die Regionen haben eine Einigung über die Aufteilung der Mittel des Sozialen Klimafonds erzielt. Von den auf europäischer Ebene für den Zeitraum 2026–2032 vorgesehenen 65 Milliarden Euro erhält Belgien 1,659 Milliarden Euro, die wie folgt verteilt werden: 13,13 % für die föderale Ebene, 32,95 % für Wallonien, 43,42 % für Flandern und 10,5 % für die Region Brüssel-Hauptstadt. Auf wallonischer Ebene sollen die Mittel des Fonds vorrangig dafür verwendet werden, „die Heiz-/Kühlsysteme von Gebäuden zu dekarbonisieren, Haushalte mit den niedrigsten Einkommen, die in den am schlechtesten isolierten Gebäuden leben, zu unterstützen, die Einführung von ‚Null-Emissionen-Fahrzeugen‘ und der dazugehörigen Ladeinfrastruktur zu beschleunigen und schließlich den Umstieg auf den öffentlichen Verkehr und multimodale Mobilität zu fördern.“

Trotz dieser Unterstützung für bedürftige Haushalte droht das neue System die Ungleichheiten weiter zu vertiefen, da es gerade jene stärker zur Kasse bittet, die nicht die Mittel haben, in sauberere Mobilität oder ein saubereres Wohnumfeld zu in-

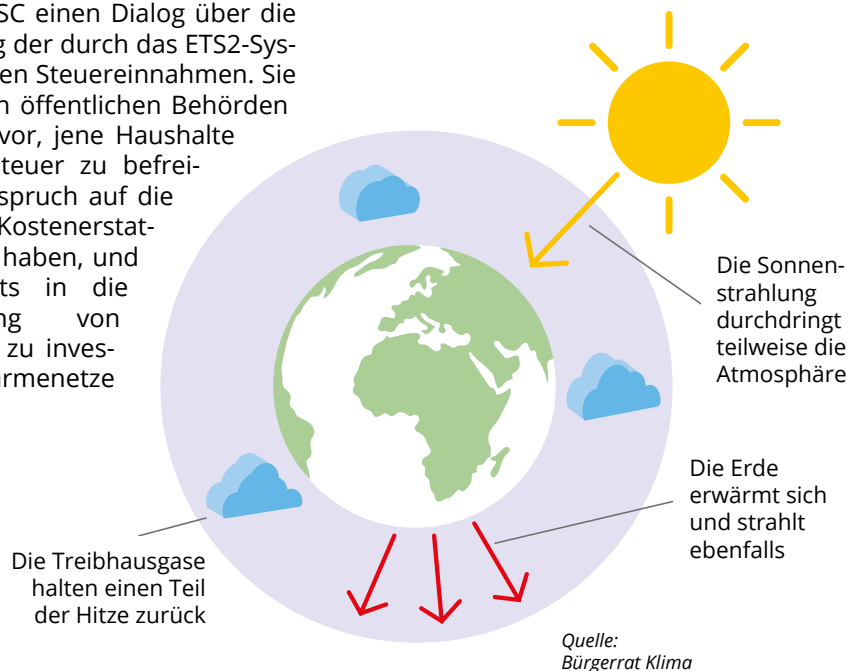
vestieren. Eine Situation, die umso mehr Fragen aufwirft, als ein großer Teil der umweltverschmutzenden Industrie kostenlose Emissionszertifikate erhält, um zu verhindern, dass sie in Länder mit weniger strengen Normen abwandert. Es sind also öffentliche Gelder, die das Recht dieser Unternehmen finanzieren, weiter zu verschmutzen...

### Gewerkschaftliche Positionierung

In diesem Kontext fordert die wallonische CSC einen Dialog über die Verwaltung der durch das ETS2-System erzielten Steuereinnahmen. Sie schlägt den öffentlichen Behörden einerseits vor, jene Haushalte von der Steuer zu befreien, die Anspruch auf die erhöhte Kostenerstattung (EKE) haben, und andererseits in die Renovierung von Gebäuden zu investieren (Wärmenetze

oder Sanierung pro Wohnviertel), wobei benachteiligte Viertel Priorität erhalten sollen.

Laut einer vom Beratungsunternehmen McKinsey veröffentlichten Studie werden 415 Milliarden Euro benötigt, um die Transformation in Belgien zu finanzieren. Auch wenn die Einnahmen aus dem Emissionshandel dazu beitragen können, steht fest, dass sie nicht ausreichen werden. Doch die Kosten des Nichtstuns werden fünfmal höher sein als die Kosten des Handelns.



## Erderwärmung: Wie funktioniert das?

Die Erderwärmung hängt eng mit Treibhausgasen zusammen, die den natürlichen Treibhauseffekt verstärken können. Durch menschliche Aktivitäten werden fossile Energieträger (Kohle, Erdöl und Gas) verbrannt. Diese Verbrennung erzeugt Treibhausgase und setzt sie frei. Da deren Konzentration in der Atmosphäre immer weiter zunimmt, kann die Sonnenwärme die Erdoberfläche nur noch schwer verlassen, was zu einem Anstieg der globalen Temperatur führt.

Derzeit haben die Folgen menschlicher Aktivitäten zu einer globalen Erwärmung von etwa +1,1 °C geführt. Manche Regionen der Welt sind stärker betroffen als andere, darunter Belgien, wo ein Anstieg von +1,9 °C verzeichnet wird. Die Folgen: Störungen des Wasser-

kreislaufs, Dürre, Hitzewellen, Verschmutzung von Böden, Wasser und Luft usw. Da die Treibhausgasemissionen für die Klimaveränderungen verantwortlich sind, ist eine Verringerung dieser Emissionen unerlässlich.

Angesichts dieser Herausforderungen haben sich 195 Staaten, darunter die EU, verpflichtet, den Anstieg der globalen Temperatur „deutlich unter“ 2 °C zu halten und die Bemühungen fortzusetzen, diese Erwärmung auf 1,5 °C zu begrenzen. Die EU hatte daher im Jahr 2019 einen Fahrplan aufgestellt: den Green Deal. Sein Hauptziel besteht darin, bis 2050 Klimaneutralität zu erreichen, mit einem Zwischenziel der Reduktion der CO<sub>2</sub>-Emissionen um 55 % bis 2030.



## „ETS2 garantiert keinen gerechten Übergang“

Für die CSC birgt das zweite Emissionshandelssystem (ETS2) zahlreiche Risiken, selbst in Kombination mit einem sozialen Klimafonds, und gewährleistet derzeit keinen gerechten Übergang.

Einer der problematischen Aspekte ist, dass die CO<sub>2</sub>-Bepreisung im Straßenverkehr und im Bausektor Haushalte mit niedrigen und mittleren Einkommen verhältnismäßig stärker belastet als Haushalte mit hohem Einkommen. Außerdem befürchtet die CSC, dass ein solches System nur einen begrenzten Effekt auf die Senkung der Treibhausgasemissionen haben wird, da beide Sektoren weitgehend unempfindlich gegenüber steigenden CO<sub>2</sub>-Preisen sind.

Sie weist außerdem auf den Mangel an Alternativen zum Auto hin, wenn es keine effizienten und flächendeckenden öffentlichen Verkehrsmittel gibt. Was den Bausektor betrifft, „ist die Schwierigkeit des Umstiegs auf erneuerbare Heizsysteme erwiesen“. Mieter haben kein Interesse, ein Gebäude zu isolieren, das ihnen nicht gehört, und Eigentümer von Mietgebäuden sind nicht motiviert, energetische Renovierungen vorzunehmen, da sie selbst nicht die Energiekosten bezahlen. Und nicht zuletzt wird der äußerst umweltschädliche Lebensstil der Wohlhabendsten durch die CO<sub>2</sub>-Bepreisung nur sehr gering betroffen, was offensichtliche Fragen nach der politischen Akzeptanz einer solchen Besteuerung aufwirft.

Die CSC fordert die Einrichtung eines viel umfangreicheren Sozialen Klimafonds, der gerecht finanziert wird, eine wirklich progressive Umverteilung der erzielten Einnahmen gewährleistet und eine faire Transformation sicherstellt. Konkret sollten „Klimasteuern dazu dienen, soziale und klimabezogene Maßnahmen zu finanzieren (...). Das Kriterium für die Umverteilung im neuen System sollte sicherstellen, dass die Arbeitnehmer und ihre Haushalte mehr aus dem Fonds erhalten, als sie einzahlen.“ Dieser Fonds sollte auch dazu genutzt werden, hochwertige Arbeitsplätze und angemessene Arbeitsbedingungen zu fördern.



## Das CO<sub>2</sub>-Emissionshandelssystem

Seit 2005 unterliegen Unternehmen aus den Bereichen der Wärme- und Stromerzeugung, energieintensive Industrien sowie die zivile Luftfahrt im EU-Gebiet dem CO<sub>2</sub>-Emissionshandelssystem. Diese Unternehmen müssen „Emissionsrechte“ (besser gesagt „Verschmutzungsrechte“) kaufen, die der Menge an Treibhausgasemissionen entsprechen, die sie bei der Produktion verursachen, und die in Form von Zertifikaten ausgegeben werden.

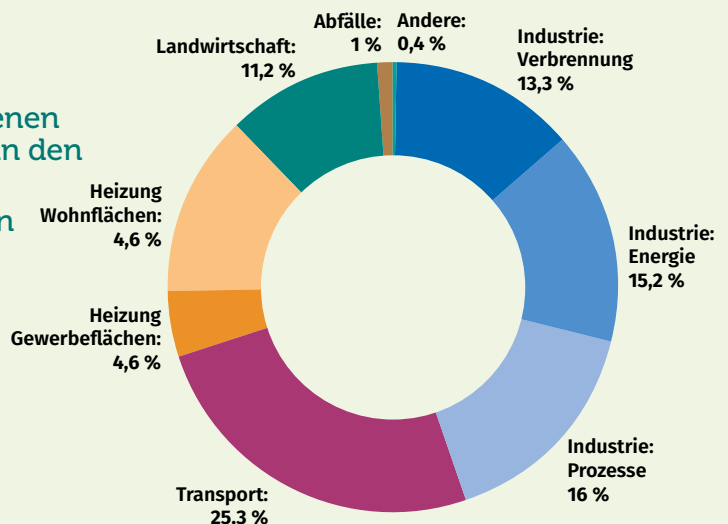
So muss zum Beispiel ein Zementhersteller, der jährlich 10 Tonnen CO<sub>2</sub> ausstößt, 10 Zertifikate kaufen, von denen jedes einer Tonne CO<sub>2</sub>-Äquivalent entspricht. Wenn es ihm gelingt, in diesem Jahr weniger Treibhausgase auszustoßen, kann er die überschüssigen Zertifikate über das Emissionshandelssystem weiterverkaufen. Wenn er hingegen mehr als vorgesehen emittiert, muss er zusätzliche Zertifika-

te kaufen. Dieses System soll die Produzenten dazu anregen, ihre Emissionen zu senken, etwa durch Investitionen in Technologien, die weniger fossile Energieträger benötigen. Infolge einer Reform des CO<sub>2</sub>-Emissionshandelssystems sind immer weniger Zertifikate auf dem Markt verfügbar... und ihr Preis steigt. In diesem Kontext verlagern einige in der EU ansässige Schwerindustrien ihre Tätigkeiten ins Ausland, um nicht länger diesen Emissionszertifikaten unterworfen zu sein.

Für die Gewerkschaften sollten diese Unternehmen, die teilweise für die Klimaveränderungen verantwortlich sind, nicht die Möglichkeit haben, „vor ihrer Verantwortung zu fliehen“. Sie sollten vielmehr in sauberere Produktionsmittel und in Innovation investieren, um strategische Sektoren wie das Recycling von Materialien zu entwickeln.

### Anteil der verschiedenen Sektoren an den Gesamtemissionen

2024 in Belgien  
Quelle: Ecoconso



# Die Beschäftigten im Handel sind keine Anpassungsvariable

Am 20. April wurden Militanten der Angestelltengewerkschaft CNE und ihres flämischen Pendant PULS beim Arbeitgeberverband des Handels Comeos vorstellig, um eine immer brutālere Realität anzuprangern: In dieser Branche zahlen die Beschäftigten den Preis, während die großen Handelsketten die Gewinne einstreichen.

Comeos hat die Sektorenverhandlungen sabotiert. Nachdem der Verband monatelang um den heißen Brei herumgeredet hatte, ohne die Fragen der Gewerkschaften zu beantworten, hat er schließlich offenbart, was bei jedem Treffen immer offensichtlicher wurde: Die Arbeitgebervertreter wollen nicht verhandeln. Tatsächlich brauchen sie das auch gar nicht, denn, wie Kristel Van Damme, Verantwortliche für den Handelssektor bei ACV Puls, erklärt: „Die Regierung ändert die Gesetze, um ihnen zu ermöglichen, die Arbeitsbedingungen in der Branche ohne jede Gegenleistung zu verschlechtern: Ausweitung prekärer Verträge auf Kosten unbefristeter Arbeitsverhältnisse, Verlängerung der Ladenöffnungszeiten auf Kosten der Lebensqualität der Beschäftigten, Einfrieren der ohnehin schon zu niedrigen Löhne, noch stärkere Flexibilisierung der Arbeitszeiten usw.“

## Kein sektoraler Rahmen

Nilgun Kucuk, Delegierte und Vizepräsidentin der CNE Handel, kritisiert: „Da es keinen sektoralen Rahmen gibt, versuchen die Handelsketten eine nach der anderen, Rückschritte für die Beschäftigten durchzusetzen, manchmal sogar noch bevor die Gesetzesänderungen im Parlament verabschiedet wurden. Im Dschungel des Handels hat jede Kette nur ein Ziel: der Konkurrenz Marktanteile abgewinnen.“

Comeos hat außerdem das Scheitern der Verhandlungen in den paritätischen Kommissionen herbeigeführt und damit großen Handelsketten ermöglicht, ungerechtfertigt von den Bedingungen des Kleinhandels zu profitieren. So wurden die Voraussetzungen für eine Zunahme der Ungleichheiten zwischen Arbeitnehmern geschaffen, die genau denselben Beruf ausüben. Die Motive von COMEOS sind klar, nämlich der Versuch,

die Dividenden der großen Konzerne zu sichern, indem die Arbeitsbedingungen für alle Beschäftigten der Branche verschlechtert werden.

Hinter der durchschnittlichen Gewinnmarge der Branche verbergen sich große Unterschiede zwischen dem tatsächlich unabhängigen Kleinhandel, der verschwindet, und den Gewinnen der großen Konzerne. Im Jahr 2024 zahlte Decathlon, das den sozialen Dialog boykottiert, 40 Millionen Dividenden an seine Aktionäre aus. Bei Delhaize, das alle seine Geschäfte franchisiert hat, waren es 59 Millionen. Hubo, das sein Unternehmen in verschiedene Gesellschaften aufgespalten hat, um aufgrund der Anzahl Geschäfte in der paritätischen Kommission für den Einzelhandel zu bleiben, zahlte 13 Millionen aus.

Bei IKEA, das gegen Gewerkschaftsvertreter vorgeht, waren es 79 Millionen. Inditex, dessen Beschäftigte aufgrund der hohen Arbeitsbelastung in den Geschäften keine Zeit zum Verschnaufen haben, zahlte 23 Millionen. Colruyt, das zum Scheitern der Sektorenverhandlungen beigetragen hat, zahlte seinen Aktionären 25 Millionen. Die Parfümeriekette Ici Paris XL, die ihren Verkäuferinnen nur den sektoralen Mindestlohn zahlt, ohne ihre Qualifikationen anzuerkennen, hat 17,5 Millionen Dividenden ausgezahlt usw. Das Geld ist vorhanden, aber es wird nicht an diejenigen umverteilt, die den Sektor am Laufen halten.

Ohne seine Arbeitnehmer gäbe es den Handel nicht. Die Beschäftigung, die Löhne und die Arbeitsbedingungen müssen verbessert statt verschlechtert werden.

## Lohnindexierung Angestellte

Die Löhne der Angestellten wurden im Januar und Februar in einigen Sektoren indexiert. Die vollständige Übersicht finden Sie unter: [www.lacsc.be/cne/indexation](http://www.lacsc.be/cne/indexation)

### PK 130

Druckerei, Grafik und Zeitungen

Teil Tariflohn × 0,73 %

(außer Zeitungen)

### PK 200

Paritätische Hilfskommission

Lohn × 2,21 %

### PK 202 Lebensmittelhandel

Lohn × 1 %

### PK 210 Stahlindustrie

Lohn × 2 %

### PK 211

Erdölindustrie und Erdölhandel

Lohn × 2 %

### PK 214 Textilindustrie

Lohn × 2 %

### PK 216 Notare

Lohn × 0,42 %

### PK 220 Nahrungsmittelindustrie

Lohn × 2,19 %

### PK 226

Außenhandel, Transport, Logistik

Lohn × 2,23 % (nur bis Klasse 8)

### PK 306

Versicherungsunternehmen

Teil Tariflohn × 2,23 %

### PK 310 Banken

Tariflohn × 0,36 %

### PK 320 Bestattungsunternehmen


Lohn × 0,73 %

### PK 336 Freie Berufe

Lohnanteil unter 3.500 €

bei Vollzeit × 2,21 %

# Info oder Mythos?

„Zu behaupten, die Regierung würde Frauen diskriminieren (...), ist völlig falsch. Wir haben darauf geachtet, dass diese Reform keinerlei Diskriminierung enthält.“ 

**D**och eines steht fest: Entweder kennt Minister Clarinval die geschlechtsspezifischen Zahlen der von ihm verteidigten Maßnahmen nicht, oder er ist nicht in der Lage, eine gendergerechte Analyse einer öffentlichen Politik vorzunehmen, oder er sagt die Unwahrheit. Oder mehrere dieser Punkte treffen gleichzeitig zu.

Tatsächlich beträgt der Lohnunterschied zwischen Frauen und Männern in Belgien 19,9 %. Dieses Gefälle erklärt

sich hauptsächlich durch Teilzeitarbeit, die von der großen Mehrheit der Arbeitnehmerinnen nicht freiwillig gewählt wird. Teilzeitarbeit bedeutet nicht nur einen Teilzeitlohn, sondern auch reduzierte Sozialrechte (Krankengeld, Arbeitslosigkeit, Rente...). Frauen tragen nach wie vor den Hauptanteil der Haus- und Familienarbeit und werden in stark geschlechtertypische Berufswege gedrängt (Pflege- und Betreuungssektor), die deutlich schlechter bezahlt werden, obwohl man sie 2020 noch beklatschte.

Hinzu kommen die gläserne Decke, Unterschiede in der Aus- und Weiterbildung, die Auswirkungen von Mutterschaft, Rentenunterschiede sowie nicht erhaltene Unterhaltszahlungen. Da sich die Lebenssituationen von Frauen und Männern so stark unterscheiden, werden die Maßnahmen der Regierung zwangsläufig unterschiedliche Auswirkungen haben – und wenig überraschend werden Frauen deutlich stärker betroffen sein. Ob es Minister Clarinval gefällt oder nicht.

## Einige Folgen der Arizona-Maßnahmen für die Frauen



**Ausgangssituation:** Ausschluss pflegender Angehöriger vom Arbeitslosengeld – Arbeitslosigkeit mit Befreiung von der Kontrolle  
**Betroffen:** 75,7 % Frauen / 24,3 % Männer

**Folgen der Maßnahmen:** Die Situation pflegender Angehöriger wurde bei der zeitlichen Begrenzung des Arbeitslosengeldes durch die Arizona-Regierung nicht berücksichtigt. Parlamentsmitglieder haben jetzt einen „Korrektur“-Gesetzesvorschlag ausgearbeitet.



**Ausgangssituation:** Plan der Arizona-Regierung, alle Urlaube zur Kinderbetreuung (Mutterschafts-, Geburts-, Eltern- und Zeitkrediturlaub) in einem einzigen „Rucksack“ pro Kind zu bündeln.

**Betroffen:** 99,9 % Frauen / 0,01 % Männer. Der Mutterschaftsurlaub ist ein Recht der Frauen, nicht des Kindes. Belgien hat mit 15 Wochen den kürzesten Mutterschaftsurlaub Europas. Ihn nicht zu schützen, bedeutet die Gesundheit der Frauen anzugreifen.

**Folgen der Maßnahmen:** Nur 10 Wochen Mutterschaftsurlaub wären geschützt. Der Rest könnte zwischen Eltern oder sogar Großeltern aufgeteilt werden.



**Ausgangssituation:** Zusammenwohnende Arbeitslose - Bereits heute sehr niedriges Arbeitslosengeld, da ursprünglich als „Zuverdienst“ für Frauen betrachtet.

**Betroffen:** 51 % Frauen / 49 % Männer

**Folgen der Maßnahmen:** Bei einem Ausschluss vom Arbeitslosengeld besteht ein hohes Risiko, keinen Anspruch auf Sozialhilfe zu haben und völlig vom Partner, einem Kind, Eltern oder Zusammenwohnenden abhängig zu werden.



**Ausgangssituation:** Langzeitkranke über 12 Monate = Invalidität

**Betroffen:** 59,6 % Frauen / 40,4 % Männer

**Folgen der Maßnahmen:** Alle Maßnahmen in Bezug auf Langzeitkranke treffen mehrheitlich Frauen = verstärkte administrative Verpflichtungen und Kontrollen unter Sanktionsandrohung = mögliche Kürzung oder Streichung des gesamten Krankengeldes. Depression → 90.000 Menschen in Invalidität, darunter mehrheitlich Frauen (69,1 % / 31,9 %)

Burn-out: über 45.000 Invaliditätsfälle, auch hier deutlich mehr Frauen (71,1 % Frauen / 28,9 % Männer)

# Wie die Regierungen die Frauen angreifen

## 50 Stunden pro Woche

Die „Arizona“-Reform will Arbeitgebern ermöglichen, extrem lange Arbeitszeiten (bis zu 50 Stunden pro Woche) aufzuzwingen – und in Zeiten geringer Aktivität deutlich kürzere Arbeitszeiten. Ohne Lohnausgleich bedeutet das für Teilzeitbeschäftigte, vor allem Frauen, einen erheblichen Einkommensverlust.

## -442 €/Monat

So viel könnte im Durchschnitt jede zweite Frau, die vor 67 Jahren in Pension geht, monatlich verlieren, wegen des neuen Renten-Malus. Diese Maßnahme bestraft unterbrochene Erwerbsbiografien, Teilzeit und Zeiten, in denen Frauen sich um Kinder kümmern. Die Arizona-Regierung lässt Frauen für die unsichtbare, unbezahlte Arbeit bezahlen, die sie ihr Leben lang geleistet haben.

## 1,5 / 7

1,5 Vollzeitstellen pro 7 Kinder – das war die Betreuungsnorm, die die vorherige Regierung für die Kinderbetreuung festgelegt hatte. Die aktuelle Regierung spart jedoch so stark, dass diese Norm nicht mehr eingehalten werden kann.

## 84.522

So viele Frauen werden vom Arbeitslosengeld ausgeschlossen. 52 % der arbeitslosen Frauen haben das Statut „Zusammenwohnende“ und werden keinen Anspruch auf Sozialhilfe (ÖSHZ) haben.

## 60.000

So viele Frauen werden wegen der Jagd auf Langzeitkranke vom Krankengeld ausgeschlossen. Frauen sind besonders betroffen, da sie 60 % der Invaliden ausmachen – weil sie häufiger in Tätigkeiten arbeiten, die krank machen: prekäre Jobs, Teilzeit, Überlastung und hoher Druck im Care-Bereich.

Die Flexibilität im Handel nimmt stark zu: längere Öffnungs-

## 7 Tage die Woche

zeiten bis 21 Uhr, Arbeit nach 20 Uhr und Ausweitung der Sonntagsarbeit. Diese Flexibilität betrifft besonders Frauen, die 61,5 % der Beschäftigten im Einzelhandel stellen. Wenn Arbeitszeiten abends und am Wochenende ausgeweitet und unregelmäßig werden, sind es oft die Frauen, die zwischen Kinderbetreuung, Fahrten, Hausarbeit und den vom Arbeitgeber geforderten Verfügbarkeiten jonglieren müssen.

## Die Preise explodieren, die Kaufkraft sinkt



Die jüngsten Äußerungen von Jan Jambon und Bart De Wever zeugen von einem tiefen Unverständnis für die Realität derjenigen, die dieses Land am Laufen halten. Den Frauen zu sagen, sie müssten „einfach mehr arbeiten“, um die Folgen einer ungerechten Reform auszugleichen, ist nicht nur herablassend, sondern ignoriert jahrzehntelange Erkenntnisse über unterbrochene Erwerbsbiografien, notgedrungene Teilzeitarbeit und die Überlastung durch Pflegearbeit. Und wenn man behauptet, der Streik „beeindrucke nicht“, dann vergisst man, dass die Arbeitnehmer die Arbeit nur niederlegen, wenn sie nicht mehr gehört werden.

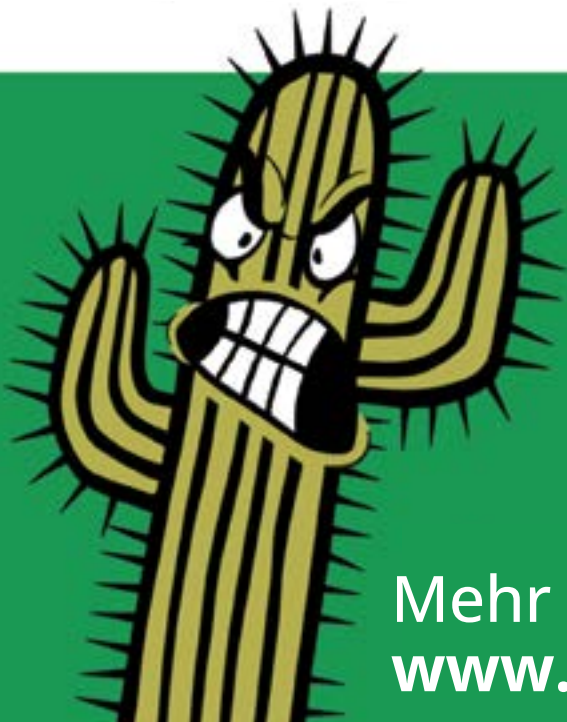
Seit Beginn der Legislaturperiode vertreten wir klare Forderungen: eine gerechte Rentenreform, die beruflichen ‚Verschleiß‘ anerkennt, die systemrelevante Berufe aufwertet und die endlich die anhaltende Ungleichheit in den weiblichen Erwerbsbiografien berücksichtigt. Wir fordern auch eine Erhöhung des verfügbaren Einkommens der Haushalte. Der Anstieg der Energiepreise, der die Bevölkerung hart trifft, macht diese Forderung noch dringlicher. Seit Beginn verlangen wir einen echten sozialen Dialog und keinen Scheinprozess, bei dem Entscheidungen von oben herab getroffen und Arbeitnehmerorganisationen schlecht gemacht werden, sobald sie es wagen, Einwände zu erheben.

Eine Regierung soll die arbeitende Bevölkerung nicht bevormunden oder ihr Schuldgefühle einreden. Ihre Aufgabe ist es, sicherzustellen, dass jeder seine Karriere würdevoll, bei guter Gesundheit und mit einer angemessenen Rente beenden kann. Wenn die politischen Verantwortlichen weiterhin diese Realitäten ignorieren, dürfen sie sich nicht wundern, dass die Mobilisierung anhält. Ein Streik oder eine Demonstration mit 100.000 Teilnehmern ist keine Laune: Es ist ein wütender Aufschrei, damit sich die Situation endlich ändert!

Marie-Hélène Ska,  
CSC-Generalsekretärin

## NATIONALKUNDGEBUNG

Brüssel - Dienstag, 12. Mai



**Die Arbeitnehmer  
haben schon genug  
beigetragen!**

**Unsere  
Frühjahrsoffensive  
geht weiter!**

Mehr Infos auf  
[www.diecsc.be/arizona](http://www.diecsc.be/arizona)

